

# Übersichten

## Außenpolitik

### \*<sup>(1)</sup> Chinesisch-vietnamesische Gipfelkonferenz

Bereits im Zusammenhang mit dem Kommuniqué vom 10. August 1991, das zwischen den Stellvertretenden Außenministern Chinas und der SRV ausgehandelt worden war, hatten die beiderseitigen Beziehungen als wieder normalisiert gegolten (Einzelheiten dazu SOAa, September 1991, S.436 ff.). Seitdem haben der neue vietnamesische Außenminister, der vietnamesische Verteidigungsminister und eine Reihe von Handelsdelegationen der Zentrale sowie mehrerer vietnamesischer Provinzen die VR China besucht.

Im November kam es jedoch zu einem Ereignis, das alle bisherigen Normalisierungsbekundungen in den Schatten stellte, nämlich zur Visite Do Muois und Vo Van Kiets in der VR China vom 5. bis 10. November 1991. Do Muoi ist Generalsekretär der KPV und Vo Van Kiet Ministerpräsident. Beide waren von ihren Amtskollegen Jiang Zemin und Li Peng eingeladen worden. Die Gespräche fanden, wie von chinesischer Seite versichert, in einer "freundlichen und aufrichtigen" Atmosphäre statt. Beide stellten fest, daß die "sino-vietnamesische Gipfelkonferenz die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Ländern" besonders unterstrichen habe und daß eine solche Normalisierung den langfristigen Interessen beider Völker entspreche und überdies auch zur Befriedung, Stabilität und zur Entwicklung in der Region beitrage.

Die Beziehungen zwischen beiden Staaten sollten auf die Basis der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz gestellt werden. Dasselbe gelte für die Beziehungen zwischen den beiden kommunistischen Parteien (Kommuniqué in XNA, 11.11.91).

Beide Seiten kamen auch darin überein, die Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet zu verstärken und zwar nach den Prinzipien der Gleichheit und des gegenseitigen Nutzens. In diesem Zusammenhang wurde ein Handels- und Tourismusabkommen zwischen beiden Seiten unterzeichnet und gleichzeitig auf die baldige Unterzeichnung eines Abkommens im Bereich des Postwesens, der Telekommunikation und des Transportwesens hingewiesen. Beide Seiten wollten sich in Zukunft ständig auf dem laufenden halten.

Beide Seiten stimmten auch darin überein, alles zu unternehmen, um entlang der gemeinsamen Grenzen Frieden zu wahren und auch den traditionell freundschaftlichen Austausch im Grenzbereich zu fördern. Nachdem die Landgrenze zwischen den beiden Nachbarn 10 Jahre lang ein Areal der Spannungen, der gegenseitigen Übergriffe, ja - im Frühjahr 1979 - sogar der Ort kriegerischer Auseinandersetzung gewesen war, soll sich dieses Gebiet nun in eine "Grenze des Friedens und der Freundschaft" verwandeln.

Zu diesem Zweck unterzeichneten beide Seiten ein "Vorläufiges Abkommen über die Behandlung von Grenzangelegenheiten" (XNA, 8.11.91). Beide Seiten stimmten auch darin überein, daß die Grenzfrage und "andere territorialen Probleme" friedlich durch Verhandlungen gelöst werden sollten (ebenda).

Die Streitfragen um die Spratley-Inseln wurden von beiden Seiten ausgeklammert, da die Zeit offensichtlich noch nicht reif ist.

Beide Seiten waren sich aber darin einig, daß "die Frage ihrer Staatsangehörigen, die auf dem Gebiet des jeweils anderen Staates leben, angemessen geregelt werden soll." Nicht deutlich wird in diesem Zusammenhang, ob die chinesische Seite bei den Gipfelgesprächen auch ihre Forderung erneuert

hat, daß Vietnam seine über 250.000 Landsleute, die im Zusammenhang mit den Ereignissen von 1979 nach China geflohen waren, wieder zurücknehmen müsse. Was die Regelung der Staatsangehörigkeitsfrage selbst anbelangt, so geht China hier offensichtlich von Modellregelungen aus, wie sie bereits zwischen Beijing und Jakarta (1955) sowie zwischen Beijing und Bangkok, Manila sowie Kuala Lumpur (1974/75) festgelegt wurden. Danach haben Chinesen, die in diesen südostasiatischen Ländern leben, das Recht, sich entweder für die chinesische Staatsbürgerschaft zu entscheiden oder aber sich im Gastland naturalisieren zu lassen. Im ersteren Fall weist Beijing seine Staatsangehörigen an, sich genau an die Gesetze des Gastlandes zu halten.

Diese Regelung dürfte sich auch im Verhältnis zu Vietnam durchsetzen.

Besonderen Wert legte Beijing auch darauf, daß Vietnam sich nicht allzu eng auf Taiwan einläßt, dessen Wirtschaft in der Zwischenzeit ja zum Hauptinvestor in der SRV geworden ist. Angesichts der Versuchung für Hanoi, hier politisch nachzuziehen und Taipei vielleicht sogar diplomatisch anzuerkennen, hielt die Beijinger Führung rasches Vorbeugen für angebracht. Kiet und Muoi ließen sich auf diese Vorstellungen offensichtlich ohne Zögern ein. U.a. heißt es im Kommuniqué vom 10.11.91, daß die "vietnamesische Seite ihren Standpunkt wiederhole, daß die Regierung der VRCh die einzig legale Regierung ist, die das ganze China repräsentiert, und daß Taiwan ein unabtrennbarer Bestandteil des chinesischen Territoriums ist". Vietnam wolle zu Taiwan lediglich "inoffizielle wirtschaftliche und Handelsbeziehungen unterhalten".

Die Normalisierung des Verhältnisses zwischen beiden Seiten sei gegen kein drittes Land gerichtet.

Sodann folgt die alte Antihegemonieklausel, die zum ersten Mal im chinesisch-amerikanischen Kommuniqué von Shanghai vom Februar 1979 verwandt worden war: "Weder China noch Vietnam wollen nach Hegemonie in irgendeiner Form in der Region streben und sie widersetzen sich auch jedem Versuch (eines dritten Landes), eine solche Hegemonie zu errichten". (Lange Zeit galt Vietnam als "Kuba Südostasiens". Damit ist es nun offensichtlich vorbei. Sogar in China scheint man sich dieser Formulierung nur noch un-



gern zu erinnern.) Beide Seiten seien fest entschlossen, alle Streitigkeiten zwischen den Ländern der Region durch friedliche Mittel zu regeln.

Beide Parteien begrüßten auch die "umfassende politische Regelung der Kambodscha-Frage", wie sie bei der Kambodscha-Friedenskonferenz in Paris am 23. Oktober 1991 getroffen wurde. Damit ist es zwischen beiden Seiten auch in dieser Frage, die ja jahrelang den heißesten Konflikt abgegeben hatte, zur Übereinstimmung gekommen.

Beide Seiten stimmten schließlich darin überein, daß eine "neue Weltordnung" errichtet werden sollte, die auf der "Grundlage der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz" beruhe und gleichzeitig den Prinzipien der UNO-Charta entspreche. Mit der Einigung auf die Koexistenzformel hat Vietnam die chinesische Wortregelung übernommen und damit eine weitere kleine Verbeugung vor dem nördlichen Nachbarn vollzogen. Im Gegenzug machte Beijing ein Zugeständnis. Es heißt im Kommuniké nämlich, daß "kein Land versuchen solle, seine eigene Ideologie, seine Werte oder sein Entwicklungsmodell anderen Ländern aufzuzwingen".

Do Muoi und Vo Van Kiet luden ihre Amtskollegen Jiang Zemin und Li Peng zu einem Gegenbesuch in der SRV ein, wobei die Wahl des Zeitpunkts den Gästen überlassen bleiben sollte.

Sowohl die chinesische als auch die vietnamesische Seite zeigten sich begeistert von den Ergebnissen. *Nhan Dan* sprach von einer "strahlenden Zukunft der sino-vietnamesischen Beziehungen" (ND in SWB, 12.11.91). Welch ein atmosphärischer Wechsel gegenüber den beständigen Anfeindungen, wie sie noch in den späten 80er Jahren an der Tagesordnung waren!

Ob China eines Tages den Vietnamesen auch wieder Wirtschaftshilfe leistet, ist eine Frage, die noch offensteht. In der Vergangenheit jedenfalls hatte sich die VRCh mächtig ins Zeug gesetzt, wie eine exemplarische Zusammenstellung Wolfgang Bartkes zeigt, in der sämtliche chinesischen Projekte in der SRV zwischen 1974 und November 1977 aufgeführt sind (C.a., Dezember 1977, S.932 ff.).

Eine Zeitlang hatte es geheißt, daß China den Vietnamesen als "Normalisierungs"-Voraussetzung vier Bedingungen gestellt habe, nämlich (1) die Wiederaufnahme der bereits erwähnten rd. 250.000 Hoa, (2) den vietnamesischen Verzicht auf eine Reihe von Spratley-Inseln, (3) die Annahme der Friedensvorstellungen der UNO für Kambodscha und (4) die Rehabilitierung Hoang Van Hoans, eines Spitzenmitglieds der KPv, der 1979 nach China geflohen war (dazu SOAa, September 1991, S.437). Die Bedingungen Nr.1 und 2 waren möglicherweise Gegenstand von Gesprächen, wurden aber einstweilen nicht gelöst. Dagegen hat sich Vietnam in der Zwischenzeit voll auf die Bedingung Nr.3 eingelassen. Forderung Nr.4 hat sich erledigt, da Hoan im Mai 1991 verstorben ist.

Von solchen Einzelheiten abgesehen, darf sich China aber in seiner harten Politik bestätigt sehen: Vietnam hat in allen wichtigen Punkten nachgegeben, und es hat u.a. sogar seinen chinakritischen Außenminister Nguyen Co Thach geopfert, um sich der VRCh wieder unbeschwerter annähern zu können. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist der Ehrgeiz der VRCh, zu einer Regionalmacht auch in Südostasien zu werden, ein weiteres Stück in Erfüllung gegangen. Gleichzeitig hat sich nicht nur der "Globalhegemonismus" Moskaus, sondern auch der - von Beijing immer so genannte - "Regionalhegemonismus" Hanois verflüchtigt: Vietnam mußte seine Truppen aus Kambodscha abziehen, außenpolitische Wortregelungen der VRCh übernehmen und, wie gesagt, seinen früheren Außenminister opfern. Auch sonst vollzog es eine Reihe von "kleinen Verbeugungen", wie sie im Verhältnis zu China seit Jahrhunderten üblich waren. Der von beiden Seiten immer wieder betonte "Neubeginn" (vgl. dazu beispielsweise XNA nach SWB, 8.11.91) ist m.a.W. nichts anderes als die Wiederaufnahme uralter Beziehungen.

Von "Normalisierung" war auch bereits beim Treffen der beiden Außenminister am 12. September 1991 in Beijing die Rede gewesen. Damals war der neue vietnamesische Außenminister Nguyen Manh Cam fünf Tage lang in die VRCh gekommen (Kommuniké vom 12.9.91 in RH, SWB, 13.9.91).

Mitte September 1991 hatte die VVA Befehl erhalten, die Minen entlang der Grenze zu China zu räumen und da-

durch die traditionellen Handelswege entlang der rd. 1.000 km langen Grenzlinie wieder zugänglich zu machen.

Beide Seiten haben nicht nur die Straßenverbindungen rekonstruiert, sondern planen auch, die Eisenbahnverbindungen wiederherzustellen (XNA, 7.11.91). Die Rekonstruktion der Linie hängt nicht mehr von grundsätzlichen Bedingungen, sondern nur noch vom Tempo der Schienenarbeiten ab.

Anfang Oktober 1991 war eine Delegation der "Abteilung für internationale Beziehungen" der KPCh unter der Leitung von Zhu Shanqing nach Vietnam gekommen und hatte dort Gespräche über die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen den beiden KPs geführt, nachdem es hier 1978 zu einem Bruch gekommen war (XNA, 11.10.91).

Mitte November wurde auch eine Kooperationsvereinbarung zwischen den beiden staatlichen Nachrichtenagenturen, nämlich Xinhua und VNA, geschlossen. Auch diese Beziehungen waren Ende 1978 im Zeichen wachsender Feindschaft abgebrochen worden.

Nach jahrelanger Unterbrechung wurde im September 1991 auch die Telefonverbindung zwischen Hanoi und Beijing wiederhergestellt (VNA in WER, 9.10.91).

Ende Oktober 1991 war eine Delegation von hohen Funktionären aus vietnamesischen Grenzprovinzen in die benachbarte südchinesische Provinz Yunnan gereist und hatte dort Gespräche über Modalitäten des Grenz-austausches geführt. Es war dies der erste Besuch seiner Art seit den blutigen Zusammenstößen im Zeitraum 1978/79.

Schon vorher freilich hatte sich ein blühender Grenzhandel entwickelt, vor allem in Hekou in der Provinz Yunnan (XNA, 22.11.91).

In dieser Grenzstadt haben Vietnamesen eine 200 m lange Straße in einen Markt verwandelt. Hier beginnt das Geschäftsleben in der Morgendämmerung und endet erst um Mitternacht. Die Palette der Produkte ist bunt: Handgewebte Waren aus Stroh oder Bambus, Holzpantoffeln und Zucker aus Vietnam, Bekleidungsstücke aus Thailand, amerikanische Zigaretten



sowie elektrische Kochtöpfe und Aktentaschen mit Zahlenschlössern, die aus der Sowjetunion und Osteuropa stammen, liegen ebenso als Angebot aus wie Fahrräder, Radios, Kleidungsstücke und Bier aus chinesischer Produktion. Die Inhaber der Geschäfte sind überwiegend Hausfrauen, während die Ehemänner und die übrigen Familienmitglieder für den Nachschub sorgen. Um Geschäfte in China machen zu können, haben zahlreiche Vietnamesen ein wenig Chinesisch gelernt.

Nicht nur in Hekou, sondern auch in zahlreichen anderen Ortschaften kommt neues Leben in die alten Handelszentren, von denen einige bereits auf eine mehrhundertjährige Geschichte zurückblicken können.

Aufgrund der neu entstandenen Handelsverbindungen leben mittlerweile schon wieder rd. 1.000 Chinesen vom Personenfährdienst und vom Transport von Handelsgütern auf dem Beilun-Fluß, an dem die Grenzstadt Dongxiang liegt.

Innerhalb weniger Monate ist damit an die Stelle von Feindschaft und Konfrontation, wie sie zehn Jahre lang das Verhältnis zwischen China und Vietnam bestimmt haben, wieder ein geschäftsmäßiger Austausch getreten.

1990 belief sich der Grenzhandel mit China auf 35 Mio. US\$ (VNA in WER, 18.9.91) - mit steigender Tendenz. -we-

\*(2)

#### Indienbesuch Li Pengs

Vom 11. bis 16. Dezember 1991 stattete der chinesische Ministerpräsident Li Peng der Republik Indien einen offiziellen Freundschaftsbesuch ab, der zu einer weiteren Entspannung der Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten führte (Näheres dazu im Thema). -we-

\*(3)

#### Zwei-Länder-Reise Yang Shangkuns nach Pakistan und Iran

Am 28. Oktober trat der chinesische Staatspräsident eine fünftägige Reise nach Pakistan an und besuchte anschließend noch den Iran. Der Besuch in Pakistan ist im Zusammenhang mit

der wenige Wochen später stattfindenden Visite Li Pengs in Indien zu sehen (Näheres dazu im Indien-Thema!).

Pakistan und der Iran sind die wichtigsten Bezugspartner Chinas in ihren jeweiligen Regionen, und zwar Pakistan in Südasien und der Iran im Nahen Osten. Seit der Auflösung der Sowjetunion allerdings ist die Bedeutung des Iran für China etwas zurückgegangen. -we-

---



---

## Innenpolitik

---



---

\*(4)

#### Internes Dokument über die politische und gesellschaftliche Sicherheitslage in den Provinzen

Ende 1991 ließ der Staatsrats ein internes Dokument zirkulieren, das sich mit der politischen und gesellschaftlichen Sicherheitslage in den Provinzen beschäftigt. Das "streng vertrauliche" (juemi) Dokument Nr. 1106 des Staatsrats der VRCh trägt den Titel "Daten und Analyse zur politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Situation in den 30 Provinzen, Autonomen Gebieten und provinzfremen Städten des gesamten Landes (ohne Taiwan)". Das Sicherheitspapier beruht auf über 500 Einzelberichten von Partei und Regierungsorganen auf Provinz- und Regierungsebene. Es wurde in dreimonatiger Arbeit unter Leitung von Staatsratssprecher Yuan Mu (gleichzeitig Direktor des politischen Forschungsbüros des Staatsrats), dem Generalsekretär des Staatsrats Luo Gan und dem Verlagsleiter der *Volkszeitung* Gao Di zusammengestellt. Über Teile des Inhalts berichtete der Beijinger Korrespondent der Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* Luo Bing in der Januar-Ausgabe des Jahrgangs 1992.

In dem Dokument des Staatsrats werden die 30 Verwaltungseinheiten auf Provinzebene folgenden vier Kategorien zugeordnet:

1. Politisch und gesellschaftlich instabile Gebiete, in denen die Gefahr von Protesten und Unruhen am größten ist:

- Hainan,
- Fujian,
- Xinjiang,
- Tibet,
- Yunnan,
- Shaanxi.

2. Politisch und gesellschaftlich nicht ausreichend stabile Gebiete, in denen Protestaktionen von Zeit zu Zeit zu erwarten sind:

- Beijing,
- Sichuan,
- Henan,
- Anhui,
- Shanxi,
- Hubei,
- Innere Mongolei,
- Jiangxi.

3. Politisch und gesellschaftlich relativ stabile Gebiete:

- Tianjin,
- Hebei,
- Guizhou,
- Gansu,
- Qinghai,
- Ningxia,
- Guangxi,
- Hunan,
- Guangdong,
- Heilongjiang.

4. Politisch und gesellschaftlich stabile Gebiete:

- Shanghai,
- Liaoning,
- Jiangsu,
- Zhejiang,
- Jilin,
- Shandong.

Die politische Sicherheitsstudie soll ab November 1991 Gegenstand mehrerer Zusammenkünfte auf der zentralen Ebene gewesen sein. Auf einer Sitzung der Ständigen Konferenz des Staatsrats wurden allgemeine Richtlinien beschlossen, um die Sicherheitslage in den instabilen Gebieten binnen drei Jahren entscheidend zu verbessern. Die betreffenden Provinzen wurden aufgefordert, konkrete Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels auszuarbeiten. Darüber hinaus sollen aus der Zentrale und aus den politisch stabilen Gebieten geeignete Führungskader in die Problemregionen versetzt werden, um dort eine Wende zu stabileren Verhältnissen einzuleiten. (*Zhengming*, Januar 1992, S. 8-9) -sch-